

Info 2007-07-29 Quelle ARD-Tagesschau

Behörde rechnet mit weiterhin hohen Strompreisen

Kartellamt ruft zu Anbieterwechsel auf

Der Chef des Bundeskartellamts, Bernhard Heitzer, hat die Stromkunden aufgefordert, ihre Verantwortung für die Preise wahrzunehmen und zu günstigeren Anbietern zu wechseln. "Es ist im Strombereich ganz leicht, noch heute den Versorger zu wechseln", sagte Heitzer im Deutschlandfunk.

Auch künftig keine flächendeckende Preiskontrolle

Auch nach der geplanten Verschärfung des Kartellrechts rechnet das Bundeskartellamt mit anhaltend hohen Strompreisen in Deutschland. Die Kartellwächter in Bund und Ländern könnten bei Preiserhöhungen auch in Zukunft nur "extreme Ausreißer" verfolgen, nicht aber eine flächendeckende Preiskontrolle ausüben, sagte Heitzer. Die Wettbewerbshüter würden zwar künftig häufiger von sich aus aktiv werden. Es wäre jedoch falsch, jetzt vom Kartellamt all das zu erwarten, was sich die Bürger erhofften, nämlich bald wettbewerbsfähige Strom- und Gaspreise.

Beweislast wird umgekehrt

Heitzer dämpfte damit die Erwartungen an die für den Spätsommer geplante Novelle. Sie erlaubt es den Kartellwächtern unter anderem, unangemessene Strompreiserhöhungen mit sofortiger Wirkung zu untersagen. Auch wird die Beweislast umgekehrt: Künftig müssen die Stromversorger im Verdachtsfall beweisen, dass sie keinen Missbrauch betreiben.

Preise sollen im Schnitt um 7,9 Prozent steigen

54 Versorger kündigen teureren Strom an

Weitere Stromversorger in Deutschland wollen die Preise erhöhen. Laut einem Überblick des Portals "Verivox" planen bundesweit mindestens 54 Stadtwerke und Regionalversorger, ihre Strompreise zum 1. August zu erhöhen. Der Strom verteuere sich dadurch für die Kunden durchschnittlich um 7,9 Prozent. Im Einzelfall lägen die Preissteigerungen sogar bei 17,8 Prozent.

Bereits zum 1. Juli hatten 91 Stromversorger ihre Preise zum Teil drastisch angehoben. An diesem Tag endete die staatliche Preisaufsicht für die von den meisten Kunden genutzten Grundversorgungstarife. Die Stromkonzerne müssen sich seitdem ihre Erhöhungen nicht mehr von den zuständigen Behörden genehmigen lassen. Die aktuellen Preiserhöhungen betreffen vor allem die Kunden kleinerer und mittlerer Stromversorger.

Strompreise steigen um bis zu 34 Prozent

"Preiserhöhungen nicht hinnehmen"

Ab Juli dürfen die Stromversorger ihre Preise erhöhen - ohne eine Erlaubnis bei den Wirtschaftsministerien der Länder einzuholen. Ein Freibrief für die Unternehmen, so scheint es, denn fast 100 Konzerne haben Preissteigerungen angekündigt. Doch die Kunden können sich wehren.

Von Claudia Thöring, tagesschau.de

zent]

Die Bürger von Weißenfels in Sachsen-Anhalt dürften ihren Augen beim Öffnen der Post kaum getraut haben. Zum 1. Juli kündigten ihnen die örtlichen Stadtwerke eine Strompreiserhöhung von mehr als 34 Prozent an. Zwar ist Weißenfels damit der absolute Spitzenreiter, doch auch für andere Stromversorger gilt bei dieser Preisrunde: klotzen statt kleckern. Um durchschnittlich acht Prozent sollen die Preise nach Berechnungen des Verbraucherportals Verivox steigen. "Mit den sehr deutlichen Erhöhungen wollen die Unternehmen wohl

auch testen, wie viel sie denn 'rausholen können", sagt Carel Mohn vom Verbraucherzentrale Bundesverband.

Die Stromversorger begründen ihre Preiserhöhungen mit deutlich gestiegenen Beschaffungskosten an der Leipziger Strombörse EEX. Kein Grund, die Kunden erneut zur Kasse zu bitten, wettern Verbraucherschützer und Politiker. Schließlich seien die Strompreise an der EEX in den ersten Monaten dieses Jahres auch wieder drastisch gesunken. Und außerdem seien viele Kraftwerke längst abgeschrieben und lieferten daher Strom zu Preisen, die weit unter den Vergleichspreisen der Strombörse liegen.

Länder ziehen sich aus Strompreiskontrolle zurück

Bisher konnten bei solchen Preiserhöhungen zumindest die Wirtschaftsministerien der Länder einschreiten. So wurde in Hessen für das Jahr 2006 kein einziger Antrag der 50 Stromfirmen auf Preiserhöhung genehmigt. Doch zum 1. Juli läuft die Bundesverordnung Elektrizität aus, und die Stromversorger müssen nicht mehr bei den Landesbehörden um Erlaubnis fragen, wenn sie ihre Preise anheben wollen. Viele Unternehmen haben wohl deshalb jetzt zugeschlagen, vermuten Politiker und Verbraucherschützer. Dass den Wirtschaftsbehörden der Länder die Kontrolle über Strompreiserhöhungen entzogen wurde, begrüßt Carel Mohn dennoch: "Verhindert haben die Länder die hohen Strompreise auch nicht. Bei vielen Wirtschaftsministerien haben wir eine große Nähe zu den Stromkonzernen registriert. Hessen war dabei die absolute Ausnahme."

Wettbewerb funktioniert noch nicht richtig

Obwohl der Strommarkt vor rund zehn Jahren geöffnet wurde, klettern die Preise Jahr für Jahr weiter. Betrug die Stromrechnung für einen durchschnittlichen Drei-Personen-Haushalt im Jahr 2000 noch monatlich unter 41 Euro, so liegt sie inzwischen bei knapp 60 Euro. Der Wettbewerb auf dem deutschen Elektrizitätsmarkt funktioniert nicht richtig - eine längst bekannte Tatsache, die jetzt auch noch einmal wissenschaftlich von Forschern der Universität Dresden bestätigt wurde. Um endlich mehr Schwung in den Markt zu bringen, hat die Bundesregierung in den vergangenen Wochen gleich mehrere Verordnungen auf den Weg gebracht. So soll das Kartellamt künftig bessere Möglichkeiten haben, einzugreifen. "Die Missbrauchsaufsicht über die Stromkonzerne wird einfacher für uns", sagt Kartellamtssprecher Markus Zeise. "Künftig müssen zum Beispiel die Unternehmen nachweisen, dass die Preise nicht missbräuchlich überhöht sind. Bisher war das umgekehrt." Noch vor der Sommerpause soll der Bundestag die neuen Regelungen endgültig absegnen.

Mitte Juni bereits vom Kabinett beschlossen wurde eine Verordnung, nach der Konzerne künftig weniger Geld für die Durchleitung von Energie durch ihre Netze verlangen dürfen. Künftig sollen alle Anbieter ihre Preise auf die des günstigsten Netzbetreibers absenken. "Diese Instrumente werden besser wirken als die bisherige Kontrolle durch die Länder", ist der Sprecher des Verbraucherzentrale Bundesverbandes überzeugt.

Geringe Bereitschaft zum Anbieterwechsel

Noch viel wirkungsvoller allerdings können die Kunden die Stromkonzerne zu Preissenkungen zwingen. Nur sechs Prozent der Haushalte waren bisher bereit, den Lieferanten zu wechseln, obwohl es inzwischen viele Anbieter auf dem Markt gibt. Dabei kann ein durchschnittlicher Drei-Personen-Haushalt leicht rund 50 bis 100 Euro pro Jahr sparen, indem er sich einen billigeren Stromanbieter sucht. "Keiner sollte die Preiserhöhungen einfach so hinnehmen. Jeder kann problemlos und vor allem ganz einfach den Versorger wechseln", betont Carel Mohn. "Das ist ein Riesenunterschied zur Telekom. Auf das Telefon muss man warten. Auf Strom muss man nie warten. Der fließt immer."

Ein Anbieterwechsel ist einfach: Für wechselwillige Kunden bieten Internetportale kostenlose Preisvergleiche an (siehe Link zum Tarifrechner des mdr). Zur Tarifberechnung muss dabei meistens der Jahresverbrauch (siehe Stromrechnung) sowie die Postleitzahl angegeben werden. Ist ein billigerer Anbieter gefunden, kann man zumeist im Internet den Stromvertrag gleich abschließen. Der neue Stromlieferant übernimmt dann meist kostenlos die restlichen Formalitäten, darunter die Kündigung des bisherigen Versorgers.